

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Draufschrift: Tagesblatt
Gesamt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1334
Wintstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 77.

Montag, 31. März 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat April 2 M. 30 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (8 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reflektzeile 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, feste Tarife. Bemerklicher Rabatt erzielt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vervollständigung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenpreis und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostebstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nölschmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Hannover. Der Parteitag der Deutschen Volkspartei trat am Sonnabend in der Stadthalle zu Hannover in seiner 5. Tagung zusammen. Anwesend waren etwa 800 Delegierte aus dem ganzen Reich, ferner hatten Osterreich und die Deutschen der Tschechoslowakei Vertreter entsandt, die ihre unwandelbare Anhänglichkeit an das deutsche Mutterland betonten. Die Parteitagung wurde durch Reichsaussenminister Dr. Stresemann mit einer Begrüßungsansprache eröffnet, in der er darauf hinwies, daß die Arbeit der Partei dem Wohl des Vaterlandes gelte. Er forderte die Versammlung auf, ein Hoch auf das Vaterland auszubringen, in das die Versammlung mit kürzlichem Votum einstimmte.

Im Lauf der Verhandlungen brachte der Leiter der Versammlung Geheimrat Nohl den Antrag ein, folgende Entschlüsse anzunehmen, die sich auf die schwierige Lage der deutschen Bevölkerung im besetzten Gebiet beziehen: "Dort wo deutsche Männer schmachten hinter französischen Feindmauern, Wessen sind sie schuldig? Als man ihrem Vaterland entgegen allem Völkerrecht brutale Gewalt antat, blies sie Mannestreu und Manneschwur. In die abgestimmte Welt sich ihrer Kulturverantwortung voll bewußt, wenn sie weiter duldet, daß nationale Treue und Gehorsam zu Volk und Staat als Verbrechen bestraft werden? Es geht nicht darum, den Männern die Freiheit zu geben, die um ihrer sittlichen Stärke willen mit Kerker bestraft werden, sondern es geht um die Grundlage alles sittlichen Lebens überhaupt. Nichtachtung nationaler Treue und nationaler Sittlichkeit bedeutet Auflösung alles kulturellen staatlichen Lebens. Darum fordern wir die ganze Kulturwelt auf, für die sofortige Freilassung der Kämpfer einzutreten." Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zur haushälterischen Frage wurde ein Entschluß angenommen, in der betont wird, daß, wer an Brechen rüttelt, am Reiche rüttelt. Alle Vertreter des Reiches müßten darin einig sein, daß von jedem Antrage auf Auflösung einzelner Gebiete von Brechen abzusehen sei, solange der französische Feind noch auf deutschem Boden steht. Dabei sei die Politik der Weissen aufs Schärfste zu verurteilen.

Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zunächst wurde über das Thema gesprochen:

"Der Mittelstand im Ringen um seine Existenz".

Als erster Redner sprach Reichstagsabgeordneter Lufke über die Lage der Landwirtschaft.

Er betonte, daß die Deutsche Volkspartei für die freie Wirtschaft eingetreten sei. Die Inflationszeit brachte dem Landwirt wie auch anderen Berufen nur Scheingewinn. Dann erkannten die Landwirte plötzlich, daß sie alle keinen Pfennig Betriebskapital mehr hatten, als die Notenspreise zum Stillstand gebracht und die Rentenmarkt eingeführt wurde durch Dr. Stresemann und seine Regierung. Trotzdem ist die deutsche Landwirtschaft durch Dr. Stresemann für die Wiedereinführung einer stabilen Währung außerordentlich dankbar als Grundlage der Voraussetzung gesunder Verhältnisse auch auf landwirtschaftlichem Gebiet. Die Notlage in der deutschen Landwirtschaft ist zurzeit eine große. Die Krise ist größer als die Krise in der Capriolzeit, weil zu der übrigen Not die Kreditnot kommt. Wenn der köstliche Verbraucher für die einzelnen Nahrungsmittel teilweise hohe Preise bezahlt, so liegt die Schuld nicht am Landwirt, sondern an den hohen Steuern, vor allen Dingen an den Umsatzsteuern, die auf die Dauer unerträglich sind. Die Hauptlaste bleibt, daß das Reich der Landwirtschaft Kredite zu extralichem Zinsfuß zur Verfügung stellt. Der bereits im Vortag beschlossene Entschluß der Deutschen Volkspartei des Jahres 1919 als einen Teil des Gesamtprogramms vorzuziehen, ist für einzelne landwirtschaftliche Produkte muß trotz der Bestimmungen des Verfallers Vertrages von dem demnächst zu wählenden deutschen Reichstag überwiegend in die Tat umgesetzt werden. Gütertarife und Frachten sind den landwirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechend umzusetzen. Die Deutsche Volkspartei ist ihren Traditionen entsprechend bereit, der Landwirtschaft zu geben, was nötig ist zur intensiven Bewirtschaftung des Grund und Bodens.

Als nächster Redner sprach dann Reichstagsabgeordneter Dr. Everling über

Dr. Stresemanns Programmsrede.

Hannover, 30. März. In seiner auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei gehaltenen Rede führte Reichsaussenminister Dr. Stresemann nach einem längeren Überblick über die Haltung und die parlamentarische Tätigkeit der Deutschen Volkspartei u. a. zur Außenpolitik aus: "Wir erleben den ganzen Sommer der Außenpolitik eines waffenlosen Volkes. Wir haben nichts zu tun mit den Wankhären, die sich solcher Wankhärenhaftigkeit rühmen. Es gibt heute noch Leute, die glauben, daß der Ruhrkampf ein Fehler war, weil er vergeblich war. Der Ruhrkampf ist kein Fehler gewesen. Er hat der Welt gezeigt, daß das deutsche Volk für sein Deutschtum zu kämpfen vermag. Ich lehne es ab, ein Verdammungsurteil über die Männer auszusprechen, die über den passiven Widerstand hinausgegangen sind. Wenn man von einem Sieg Frankreichs an der Ruhr

die Not der geistigen Arbeiter.

Er schilderte in eindringlicher Weise diese furchtbare Not, die der Währungsverfall verursacht habe. Der Verarmung des geistigen Mittelstandes kann nur dann abgeholfen werden, wenn die Gewähr einer bleibenden Stabilisierung gegeben ist. Voraussetzung hierzu ist die Revision des Verfallers Vertrages.

Anschließend an das Referat Dr. Everlings sprach der Reichstagsabgeordnete Morath über

die Lage der Beamtenschaft.

Er rief das frühere treue Verhältnis der Beamten zum Staat, das erst dann gelitten habe, als sich berufsfremde Elemente mit modernen Anschauungen eingang in die Beamtenenschaft vermischt. Im Kampf um ihre Existenz könnten sich die Beamten auf die Unterstützung der Deutschen Volkspartei verlassen.

Im weiteren Verlauf des Parteitages berichtete Senator a. D. Westhagen (N. d. M.) über den

gewerblichen Mittelstand.

Er hob hervor: Das Kabinett Stresemann hat die neue Währung geschaffen und damit nicht zuletzt den wirtschaftlichen Selbständigen in unserem Volke überhaupt die Lebensmöglichkeit wiedergegeben. Das Handwerk verlangt die Wiederbelebung der Wohnungswirtschaft und damit des Hausgewerbes als eines makroökonomischen Schlüsselgewerbes für die gesamte Wirtschaft des Reiches und der Länder. Die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2½ Prozent muß auf ihre mittelstandsgefährdende Wirkung genau geprüft werden. Die Antitrustgesetzgebung ist im ganzen ein Zeichen von übermäßigem Mikromanagement gegenüber dem selbständigen Gewerbe. Angesichts des zunehmenden Warenangebots und des gewaltigen Konkurrenzkampfes sind Preisstützungsstellen durchaus entbehrliche Einrichtungen. In enger Verbindung mit den Fragen des gewerblichen Mittelstandes steht die Hausbau- und Wohnungspolitik. Hier war das Wirken der Deutschen Volkspartei darauf gerichtet, die Finanzwirtschaft aufzuheben, die Wege frei zu machen, auf denen die freie Wirtschaft im Wohnungs- und Bauwesen in möglichst kurzer Zeit wieder zu ereichen war.

Gewerkschaftsvorsitzender Thiel sprach über

die Arbeitnehmer in der deutschen Wirtschaft.

Er führte u. a. aus: Im Reichstag sind die Sozialdemokraten unter führender Mitarbeit der Deutschen Volkspartei mit ihren Schematismas- und Monopolgeleiten auf der ganzen Linie zurückgeworfen worden. Unter Hinweis auf das dem Parteitag von dem Berichterstatter vorgelegte Zahlenmaterial zeigte dann der Redner, wie bittere Not heute in weitesten Kreisen unseres Volkes herrscht. Angesichts der geschilderten Lage bedauerte und verurteilte er entschieden das Verhalten gewisser Arbeitnehmerorganisationen von der Arbeitsgemeinschaft. Aber ebenso nachdrücklich hob er die Fehler hervor, die auf Arbeitgeberseite gemacht worden sind.

In den Nachmittagsberatungen behandelte Reichstagsabgeordneter Dr. Wieringer den

Schutz des Sparers.

Inbesondere sprach er über die Aufwertungsfragen. Die dritte Steuernotverordnung wird in dreifachen Schichten des Volkes Not, Tod und Verzweiflung bringen. Gerade die isolierten Kreise, die Sparer und Kleinrentner, leben sich in ihrer letzten Hoffnung darauf.

Ueber den "Schutz des Kleinrentners"

sprach Frau Dr. Wack. Sie erklärte u. a.: Alle Hoffnungen, die von den Rentnern an eine Aufwertung ihrer vielfach in Form von Depots und Sparkassenguthaben angelegten Vermögen geknüpft waren, und durch die Reichsgerichtsentcheidung vom November 1923 besonders gestützt wurden, sind durch die dritte Steuernotverordnung mit dem Aufwertungslosh von 15 Prozent auf bittere Enttäuschung worden. Jetzt erst ist mancher an den Vorkrieg bekommen, zumal eine Aufwertung von Kriegsanleihen, Staatspapieren usw. ausgeschlossen ist. Der Schutz des Kleinrentners ist heute eine nationale Pflicht, der zu dienen die Deutsche Volkspartei bereit ist.

Damit schloß die Reihe der Referate, und es wurde in die allgemeine Ansprache eingetreten. Sämtliche Resolutionen wurden grundsätzlich angenommen und zur Durcharbeitung dem Parteivorstand überwiesen.

spricht, so glaube ich nicht, daß Frankreich sich als glücklicher Sieger fühlt.

Auf die Tätigkeit der Sachverständigen eingehend erklärte Dr. Stresemann, die Frage ist berechtigt, ob dieses Komitee, von dessen ehrlicher Absicht und Objektivität ich überzeugt bin, sich ein richtiges Bild von der deutschen Leistungsfähigkeit verschafft hat. Die Reichsregierung steht den Entschlüssen der Sachverständigen in voller Freiheit gegenüber. Wir werden unsererseits alles tun, um zu einer Verständigung zu kommen, soweit das deutsche Volk die Leistungen, die sich aus der Verständigung ergeben, tragen kann. Quantitative Vorstellungen über die deutsche Leistungsfähigkeit würden nicht vorhanden sein, wenn die Führer der internationalen Wirtschaft einen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse Deutschlands hätten. Noch heute existieren für unsere Wirtschaft Bestimmungen, die uns unendlich benommen. Unsere Zustimmung zu deutschen Reparations-

leistungen ist abhängig davon, daß uns zuerst die Wiederherstellung über das Ruhrgebiet, seine Wirtschaftsknoten, seine Steuerkraft und seine Verwaltung gegeben wird.

Weiter gehört dazu die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände in Rheinland und Pfalz und die endliche Regelung über den Fortfall der Besatzung nach Ablauf der vertragsmäßigen Fristen. Dantbar möchte ich anerkennen, daß sich jetzt auch bei einer alliierten Regierung die Stimme für das Recht erhoben hat. Was aus Rheinland, Pfalz und Westfalen werden wird, ist die große Schicksalsfrage. Wir stehen vor der grundsätzlichen Entscheidung, ob wir die Entlastung von großer Bürde höher schätzen als die Freiheit des deutschen Landes. Wir müssen die Fakten auf uns nehmen, um damit die Freiheit zu erlangen.

Wenn wir der Umwandlung der Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft und der Reichsbank in eine international besessene Währungsbank zustimmen, so tun wir das für die besetzten Gebiete. Es ist unsere Pflicht, alle entfallenden Lasten zu übernehmen, um Deutschlands Freiheit zu erwerben.

Der Minister wies dann gegenüber der Kritik an der deutschen Außenpolitik auf den Wiederbeginn der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und anderen Mächten auf Grund von Handelsverträgen hin. Er erinnerte an den Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten, der die Wiederherstellung der Weltverkehrslinien bedeute, an die Herabsetzung der Reparationsabgabe für England, sowie an die Kreditgewährung der Bank von England zugunsten der Goldkreditbank.

Den vaterländischen Verbänden und Organisationen, auf die der Redner des längeren einging, müsse man Verständnis entgegenbringen. Man müsse aber andererseits die Verantwortlichkeit der Führer dieser Verbände fordern und verlangen, daß man die Jugend frei von Verbebung lasse. Deshalb, so erklärte der Redner, nicht Befähigung dieser Verbände, sondern hinein in diese Verbände mit unserem Geist.

Auf die Wirtschaftsklasse Bezug nehmend, sagte der Minister, Deutschland brauche einmal den Abbau der staatlichen Bevormundung und zweitens Mehrarbeit. Der Redner warnte vor Extremen nach der einen oder anderen Seite. Dr. Stresemann würdigte zum Schluß die Vorkämpfer der verschiedenen Parteien und drückte sein Bedauern darüber aus, daß die Deutschnationalen, die sich jetzt rühten, die Regierung zu übernehmen oder wenigstens maßgebend zu beeinflussen, sich nicht längst dazu durchgerungen hätten. Wenn die Deutschnationalen, so fügte der Redner hinzu, an der Regierung teilnehmen werden, so werden sie in wenigen Wochen einsehen, wie ganz anders sich die Dinge darstellen, wenn man verantwortlich handelt. Eine deutschnationale Regierung wird den Beamtenabbau nicht aufheben, den Steuerdruck nicht vermindern können. In der Außenpolitik wird sie gebunden sein durch die Konkurrenz des verlorenen Krieges wie wir.

Ich habe die feste Überzeugung, so schloß der Minister seine hänka von hartem Beifall beehrte Ausführungen, daß die Politik einer künftigen bürgerlichen Regierung zum Mittelpunkt die Aufklopfung haben wird und muß, die sich mit unseren Auffassungen deckt.

Vor dem deutschnationalen Parteitag.

Hamburg. Als Auftakt zum deutschnationalen Parteitag versammelte sich gestern Sonntag auf dem historischen Boden in Friedrichsbad die deutsche Bismarckjugend. Nach Ansprachen Otto von Bismarcks und Everlings, dem Führer der Bismarckjugend, sprach dann noch der Reichstagsabgeordnete Lauerer.

Eine Rede des Reichsministers.

Hagen, 30. März. Der Verband der rheinisch-westfälischen Presse hielt heute in der Stadthalle in Hagen einen rheinisch-westfälischen Pressetag ab, in dessen Verlauf Reichsminister Dr. Jarres das Wort ergriß. Er führte u. a. aus:

Das Reich sei nicht weiter imstande, den Druck feindlicher Gewalten auf seiner Westküste zu ertragen. Die Währungsfrage können nicht verlängert werden. Das traurige Schicksal der Gefangenen und der Ausgewiesenen ist eine Herzensangelegenheit und eine Ehrensache des ganzen deutschen Volkes. Von deutscher Seite geschieht alles, um das Los dieser Unglücklichen zu erleichtern. Dantbar erkennen wir die Hilfe von Menschenfreunden des neutralen Auslandes an. Wie wir vor aller Welt die Lüge von der deutschen Kriegsschuld zurückweisen, so fordern wir auch die Anerkennung unter den Völkern der Erde. Das unbefestete Deutschland hat die Pflicht, alle Kräfte zur Erleichterung der Lage im besetzten Gebiet mit dem Ziel seiner Befreiung einzusetzen. Im besetzten Gebiet haben sich Männer aller Parteien zusammengerunden, um bei den kommenden Wahlen die nationale Einheit zu vermeiden. So wird wieder die nationale Einheit betont und auch im Saargebiet tritt eine vorbildliche Einigkeit der Stimmung in die Erscheinung. Sollte das nicht auch im unbesetzten Deutschland möglich sein? In dem einmütigen Einklang des ganzen deutschen Volkes für unsere Brüder an Rhein, Ruhr und Saar darf es keine Meinungsverschiedenheiten geben. (Wobhafter Beifall).